

## **Die Bundesrepublik als Ende des deutschen Sonderwegs?\***

---

Prof. Dr. Helga Grebing, geb. 1930 in Berlin, studierte Geschichte und Philosophie, war als Verlagslektorin und in der Erwachsenenbildung tätig und lehrte seit 1971 Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Göttingen. Seit April 1988 leitet sie das Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum; sie hat dort den Stiftungs-Lehrstuhl für Vergleichende Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und der sozialen Lage der Arbeiterschaft inne.

### I.

Die Sonderweg-These soll die Fragen „nach den eigentümlichen Belastungen der deutschen Geschichte“ (Wehler) im Vergleich zur westeuropäisch-nordamerikanischen Entwicklung beantworten helfen. In dieser Funktion besitzt die These vom deutschen Sonderweg im 19. und 20. Jahrhundert eine beachtliche Erklärungskraft. Was sie jedoch nicht erklären kann, ist die allgemeine Verbreitung des Faschismus-Phänomens im Zusammenhang mit der Entwicklung des monopolistisch organisierten industriellen Kapitalismus. Sie leistet vielmehr der Auffassung Vorschub, daß Kapitalismus und freiheitliche Demokratie gewissermaßen Zwillinge sind. Allzu nahe liegt bei der Anwendung der Sonderweg-Interpretation die Fehldeutung, bei einem Vergleich der einzelnen nationalen Gesellschaften die Formen bürgerlicher Herrschaft schon für ihren Inhalt zu nehmen. Die Sonderweg-These hilft auch nicht bei der Gewichtung der dem Faschismus gegenläufigen Tendenzen in der deutschen Geschichte. Sie verleitet vielmehr dazu, das westliche Modell des liberal-demokratisch-kapitalistischen Systems als Meßlatte für das Ende des deutschen Sonderweges nach 1945 zu benutzen.

---

\* Der Text folgt im wesentlichen den Ausführungen der Verfasserin auf dem Forum der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand über „40 Jahre Bundesrepublik. 40 Jahre Alternativen in der Demokratie“ am 2. März 1989 in Bonn. Nur an einigen Stellen wurde der Text verdeutlicht und ergänzt; die Thesenform wurde bewußt beibehalten.

Meine Skepsis gegenüber der universellen Erklärungskraft der Sonderweg-These dient nicht dem Zweck, irgend etwas von dem, was die Sonderweg-Historiker durch ihre Analysen ausgewiesen haben, abzuschwächen. Ich teile mit ihnen die Kritik an denen, die den Nationalsozialismus an der Macht auf den einen einzigen Betriebsunfall im ansonsten relativen Normalweg der deutschen Geschichte reduzieren möchten beziehungsweise den „deutschen Sonderweg“ auf den „Sonderfall Hitler“ begrenzen wollen.

Zweifellos hat die Sonderweg-These in ihrer politisch-pädagogischen Fassung nach 1945 sehr viel beigetragen zur Fundamentierung einer Politik, die darauf gerichtet war, die Chance des Jahres 1945 wahrzunehmen und sich darum zu bemühen, in den Kreis der zivilisierten und friedlichen Nationen als ein demokratisch verfaßtes Gemeinwesen aufgenommen zu werden. Aber inzwischen gibt es begründbare Zweifel daran, daß die Sonderweg-These ausreicht, die historische Realität begrifflich zu decken, oder präziser ausgedrückt, daß es möglich ist, die Geschichte seit dem 19. Jahrhundert unter das Dach eines negativ determinierten Sonderwegs zu bringen. Nach meiner Auffassung haben wir es eher mit einer ambivalenzreichen Strecke zu tun, die um so eindringlicher für uns erfahrbar macht, was es für unser historisches Bewußtsein unabweisbar bedeuten muß, daß wir aus relativer europäischer Gleichlage den Absturz in die Barbarei vollzogen haben.

## II.

Diese Umakzentuierung der Sonderweg-These ermöglicht es, nicht nach Anhaltspunkten suchen zu müssen, die das Ende des in das „Dritte Reich“ führenden Sonderweges nach 1945 bestätigen sollen. Ich kann meine Fragen für die Zeit nach 1945 weiter stellen und deshalb den Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik durch die knappe und deutliche These kennzeichnen: *mehr Kontinuität als nötig und so wenig Wandel wie möglich, und zwar von Anfang an und jedenfalls noch bis zur Mitte der sechziger Jahre.*

Personelle Kontinuitäten vom „Dritten Reich“ in die Bundesrepublik gab es in Justiz, Verwaltung, Regierung, Schule und Hochschule, aber auch in den Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sowie in beiden Kirchen legionenweise. Diese Erkenntnis wird um so unabweisbarer, je mehr lokale Untersuchungen, die etwa die Zeit von 1928 bis 1953 umspannen, vorliegen. Selbst die Arbeiterbewegung konnte sich nicht ganz freihalten von Leuten, die mit Nachdruck darauf beharrten, aus Versehen Nationalsozialisten geworden zu sein. Und alle rissen sich um die armen Jungen aus der Hitler-Jugend- und Flakhelfer-Generation, die dann auch noch in unseren Jahren die Gnade der späten Geburt für sich reklamieren konnten.

Man wollte nach 1945 möglichst unter sich bleiben und die, gegen deren Vertreibung aus Deutschland man 1933 nichts getan hatte, nur wenn es unbedingt sein mußte, wiedersehen. So erhielt zum Beispiel kaum einer, der auf der Liste emigrierter deutscher Wissenschaftler stand, die Alfred Andersch

1947 im „Ruf“ veröffentlichte mit dem Appell „Holt sie zurück!“, eine Lehrkancel in der Bundesrepublik. In der Publizistik gaben alsbald die Propagandakompanie-Seilschaften, die konservativen Abendländer und die Bewunderer des „american way of life“ den Ton an. Ein konsequenter Antifaschist wie Axel Eggebrecht mußte sich schon damals eingestehen, daß er und seinesgleichen eine Minorität waren. Selbst aus der Tatsache, daß wohl niemals in der europäischen Geschichte ein Land so zerstört war wie Deutschland nach 1945, ergab sich noch die Chance, nicht Wandel schaffen zu müssen, sondern Kontinuität bewahren zu können. Geplant wurde der Wiederaufbau schon im Krieg von Hitlers Architekten, die nach 1945 teilweise noch nicht einmal ihre Pläne neu zeichneten, sondern nur die Überschriften und Kennzeichnungen auswechselten. Fast überall wurde eine wirkliche Neuordnung verhindert, was nicht nur zu Lasten der Architekten geht; Kritik wäre auch an die Kommunalpolitiker zu adressieren.

### III.

Das Demokratie-Erlernen verengte sich auf die normativ-ethischen Dimensionen und die Funktionsweisen des institutionellen Rahmenwerks der westlichen Demokratien, was alsbald als eine Sonntagsprediger-Sache angesehen wurde und aus Strukturfaschisten bestenfalls Patentdemokraten machen konnte.

Da war dann noch die Verfassung, die bei ihrer Verabschiedung bereits eine linkere Handschrift trug als die gesellschaftliche Realität, zu der sie passen sollte. Die Verfassung mochte die Möglichkeit einer alternativen Ausstattung der Gesellschaft der neuen Republik als Idealfall nicht ausschließen, aber in Wirklichkeit entstand 1945 kaum mehr als das, was der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding nach 1918 bereits über die Weimarer Republik gesagt hatte: eine Demokratie, ja, aber eine kapitalistische.

Schon die von der Verfassung gebotene Eingrenzung der Kräfte der politischen Willensbildung forderte immer wieder die Entstehung von außerparlamentarischen Bewegungen heraus, die von der etablierten Politikorganisation vernachlässigte oder ausgegrenzte Interessen, Bedürfnisse oder Probleme innerhalb und außerhalb der Gesellschaft aufgriffen und vertraten. Um wieviel mehr provozierte dazu Adenauers Kanzlerdemokratie: jene autoritäre Zuspitzung der Verfassung, die man durch einen patriarchalisch-autoritären Regierungsstil und einen kaum demokratisch zu nennenden Umgangsstil mit der parlamentarischen Opposition umschreiben kann. Diese Kanzlerdemokratie wäre allerdings nicht möglich gewesen ohne die Konfliktscheu und das vielleicht sogar verständliche Bedürfnis nach Harmonie in den fünfziger und sechziger Jahren in breiten Bevölkerungskreisen.

War schon die Entnazifizierung eine „Mitläufer“- , wenn nicht gar „Entlasteten-Fabrik“, die allenfalls manchmal auf lokaler Ebene hier und da etwas Wandel schaffte, aber im großen und ganzen gesehen die Elitenkontinuität bestätigte, so war die sogenannte Integration der Verfolgten geradezu ein

Skandal - sie fand nämlich gar nicht statt. Häufig setzte sich die persönliche Leidensgeschichte der Betroffenen, der überlebenden deutschen und nicht-deutschen Opfer des Holocaust, erst einmal fort: in Lagern leben, medizinisch unterversorgt, arm, abgerissen, ohne Hilfe, sich in der Normalität wieder zurechtzufinden, ohne Hintergrundressourcen und isoliert, ja diskriminiert von der übrigen Bevölkerung: Wer einmal „gesessen“ hatte, blieb eben in Deutschland ein Gezeichneter. Fast schien es so, als müßten sich die am Leben gebliebenen Opfer dafür entschuldigen, daß es sie noch gab. Wem diese Aussage zu emotional gefärbt erscheint, der möge sich an den folgenden Umfrageergebnissen orientieren: 1952 lehnten nur 19 Prozent der befragten Deutschen die Aussage ab, es sei besser, keine Juden im Lande zu haben; 37 Prozent stimmten der Aussage zu; 44 Prozent äußerten sich unentschieden oder gleichgültig. Und während die Verfolgten wegen angeblich fehlender (meist nur formaler) Qualifikation die wenigen von ihnen besetzten Stellen im öffentlichen Dienst oft wieder räumen mußten, rückten die in der „Entlasteten-Fabrik“ gereinigten „Parteigenossen“ Zug um Zug wieder in ihre alten Positionen ein und/oder machten sogar manchmal Karriere in den rechtsradikalen Parteien, aber auch mehr oder weniger häufig in der FDP, im BHE, selbst in der CDU.

Sogar mit der doch so wohl gelungenen Integration der Flüchtlinge, die sich alsbald Heimatvertriebene nennen ließen, stand es nicht rundherum zum besten. Die aggressive Aufstiegsorientierung der Mehrheit der Flüchtlinge ließ die sozialen und die humanen Kosten des Integrationsprozesses leicht übersehen: die zeitweilige oder gar lebenslang andauernde Deprivation der Alten, Kranken, Schwachen, aus der Lebensbahn Herausgeschleuderten, der Frauen und der Kinder. Als eine List der historischen Vernunft könnte man es bezeichnen, daß gerade die Flüchtlinge, die doch überwiegend nach den Brüchen in der Kontinuität ihrer Lebenswelten dies nichts als zu restaurieren trachteten, zum Entsetzen ihrer kontinuierlich fixierten „Wirte“ vielerorts zum Motor der Modernisierung wurden.

Es haben jene recht, die behaupten, die Deutschen hätten ihre Vergangenheit nicht verdrängt. Sie brauchte nämlich nicht verdrängt zu werden, weil man sie gar nicht zur Kenntnis nahm. Adenauer hatte schon 1950 (wohl nach der Billigung der Richtlinien für eine einheitliche Ländergesetzgebung durch den Bundestag, mit der das Entnazifizierungsverfahren abgeschlossen wurde) in seiner unnachahmlichen Weise befunden, mit der Vergangenheit müsse jetzt Schluß sein. Da überrascht es nicht, daß sich just 1950 Niedersachsen zum Stammland des Nachkriegsrechtsradikalismus profilierte und sich ein Jahrzehnt später Geesthachter Gymnasiasten (einer von ihnen hieß Barschel) vom Führernachfolger und Kriegsverbrecher Dönitz den gewünschten Geschichtsunterricht erteilen ließen und so weiter und so fort. Nichts verstanden hat auch leider bis zum heutigen Tag seine Eminenz Kardinal Friedrich Wetter, sozusagen als der Stellvertreter des „Stellvertreters“, wenn er die Verbrechen des Nationalsozialismus mit guten Taten verrechnen zu können glaubt.

## N.

Wenn wir von Vergangenheit sprechen, dann meinen wir im allgemeinen jene gemeinsam unverarbeitete Zeit des „Dritten Reiches“ und was da alles aufbrach an Barbarischem und Atavistischem, das man von einer aufgeklärten Gesellschaft längst sublimiert geglaubt hatte. Genau diese Vergangenheit möchten viele Deutsche bis zum heutigen Tage nicht oder nicht so genau kennen. Dabei hatten sie natürlich ihre Vergangenheit, aber die sah ganz anders aus: die schlechten Jahre bis 1933, die guten bis Stalingrad und dann die ganz schrecklichen bis zum Beginn des Wirtschaftswunders zu Anfang der fünfziger Jahre, die vielen wie eine Wiederholung der guten dreißiger erscheinen mochten. Was war denn daran zu bewältigen, fragten sie. Viele Deutsche hatten am Ende der Weimarer Republik Hitler gewählt, weil er ihnen das Ende der „Systemzeit“ versprach. Nach 1933 brauchten sie gar nicht Nationalsozialisten zu werden, wenn sie nur dem Regime gaben, was des Regimes war. Das taten sie, und so lebten sie dann nicht nur weiter, sondern meistens auch noch besser. Und wenn's hoch kam, machten sie sich sogar noch einen Jux auf die ganze „Goldfasanerie“.

Man sagt uns Deutschen nach, wir seien unfähig zu trauern - aber trauert jemand, der gar nicht weiß, was er zu betrauern hätte? Die Nichtakzeptanz der Vergangenheit führt eben dazu, daß immer wieder weüenweise bis heute identitäre Irritationen aufbrechen. Vielleicht ist es unter diesem Gesichtspunkt ganz legitim, die 68er-Revolte der Nachgeborenen auch als eine Revolte gegen die Täter zu begreifen, zu denen ihre Väter gehören konnten. Die Anstrengung der 68er, mit Faschismus-Theorien die Vergangenheit zu erklären, mag man für defizitär halten, weil - wie es Jean Amery einmal ausgedrückt hat - das Unbeschreibliche nicht zu beschreiben ist, und der Versuch, es zu tun, dazu führen kann, das Ungeheuerliche geheuer zu machen. Aber was objektivierbar war, ist objektiv gemacht worden - wichtig für eine Zeit, in der man Auschwitz am liebsten als ein Märchen aus fernen, finstersten Zeiten erscheinen lassen möchte.

Die Botschaft der Linken, die Wandel einforderte, klang da 1945 seltsam hohl in den Ohren der Deutschen, die ohnehin bald Adenauer glaubten, daß alle Wege des Marxismus nach Pankow oder Moskau führen würden. Die traditionelle Option der sozialdemokratischen Linken für den Westen, der entschiedene Antistalinismus der sozialistischen Linken, die mit der stalinisierten Sowjetunion ihr Vaterland der Werktätigen verloren hatten, das bewußte Kalkül der Revision überholter Positionen, das Kurt Schumacher vertrat, fanden nur eingeschränkte Beachtung, zumal die SPD selbst aus nachvollziehbaren Gründen in vielen entscheidenden Punkten zunächst auf Kontinuität und Tradition setzte: Die Folgen der Zerstörung der Identität vermittelnden solidargemeinschaftlichen Strukturen konnten anders als durch die Revitalisierung des alten Stils und Milieus nicht aufgefangen werden. Mit der anfänglichen Vorhebe vieler Deutscher für die SPD (als offenbar

neuer Obrigkeit) war es denn auch rasch vorbei, und die alten politischen Kräfteverhältnisse wurden wiederhergestellt.

Noch nicht einmal die CDU kann als ein Produkt der legendären Neuansätze betrachtet werden: Die Neugründung war in beiden Konfessionen umstritten, regionalspezifisch war die CDU/CSU einmal die katholische Volkspartei und das andere Mal die Partei des evangelischen Volksteils oder die Sammlung fast aller bürgerlichen und regionalen Parteien aus der Zeit vor 1933. Es gab auch keinen christlichen Sozialismus in der CDU - das Ahlener Programm war eine Mischung aus katholischer Soziallehre, liberaler Marktwirtschaft und sozialistischen Elementen. Vor allem gab es eine weitreichende personelle Kontinuität: Die führenden CDU/CSU-Mitglieder waren Leute, die bereits vor 1933 in jenen Lagern, auf die sich die Sammlung bezog, den Ton angegeben hatten - es waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Männer zwischen 50 und 70 Jahren, denen zunächst immer noch ein schwankendes Verhältnis zur Demokratie eigen war.

Demgegenüber mag der Bruch der Kontinuität, der zur Einheitsgewerkschaft führte, befreiend gewirkt haben, aber der Preis, der für sie gezahlt wurde, war beträchtlich. Die Neuordnungsvorstellungen wurden auf Mitbestimmung reduziert als dem kleinsten Nenner der Demokratisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, und hinzu kamen die über die fünfziger Jahre anhaltenden Dauerdrohungen der christlichen Kollegenschaft, auszuweichen, wenn die Gewerkschaften ihre politische Autonomie zu weit nach links treiben würden. So war es bei der Wiederbewaffnung, beim Kampf gegen die Atomrüstung und bei der Notstandsgesetzgebung.

Kürzlich ist die Auffassung vertreten worden, die Zeit „zwischen Stalingrad und Währungsreform“ markiere einen epochalen Einschnitt in der deutschen Geschichte, dem die Qualität einer „revolutionären Dimension“, ja eines „revolutionären Bruchs“ zukomme, wodurch das alte Deutschland an das „Ende seines ... Sonderweges“ gelangt sei. Diese Auffassung ist nach meiner Auffassung weder generell noch in einzelnen Punkten so zugespitzt stimmig. Die sogenannte bereits stark nivellierte 1945er „Notgesellschaft“ etwa, in der angeblich bereits die Umriss der Mittelstandsgesellschaft der Bundesrepublik rückblickend erkennbar seien, überlagerte bloß die in ihren Grundlinien unverändert sich durchhaltende Klassenstruktur der Gesellschaft. Noch in den fünfziger Jahren konnten die Arbeiter, deren Anteil an den Erwerbstätigen mit etwa 50 Prozent noch genauso hoch war wie in den zwanziger Jahren und zu Beginn der sechziger Jahre, zwar aus der „Proletarität“ aussteigen und „mittelständisch“ leben, wenn sie sich selbst ausbeuteten und die Frauen mitarbeiteten, aber an der strukturell bedingten sozialen Ungleichheit war damit nichts geändert.

## V.

Fragen nach der nationalen Identität der Deutschen sind seit 1945 immer wieder als totgesagte Themen bezeichnet worden. Tatsächlich haben sie sich

aber als flackernde Dauerbrenner erwiesen. Wer das, was 1945 geschah, als „Zusammenbruch“ verstand, wie die meisten Deutschen (und nicht als Befreiung), ist immer schnell dabei gewesen und ist es heute noch, Klage zu führen über das faktische Ende des deutschen Ostens und über den Zerfall des Deutschen Reiches, die die Deutschen als Katastrophe verstehen müßten - diese Interpretation bot 1959 der bekannte Historiker Werner Conze an; das war weit weg von der Erkenntnis eines anderen Historikers, Rudolf Vierhaus, daß die nationale Einheit im Laufe der deutschen Geschichte die Ausnahme gewesen sei.

Nur der konservative deutsch-nationale Teil der CDU/CSU hat wohl immer am Nationalstaat festgehalten, und so mag es denn wirklich ein Zufall gewesen sein, daß die CDU ihren Auftaktkongreß zum 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik ausgerechnet am 18. Januar, dem Tag der Reichsgründung, stattfinden ließ. Denn der Hauptstrang identitärer Verortungen, insbesondere katholischer Prägung, ist in der CDU/CSU der Herkunft nach wohl stärker abendländisch-europäisch-großdeutsch und regionalistisch einzuschätzen. Bemerkenswerterweise gibt es eher auf sozialdemokratischer Seite, auf der Linken überhaupt, einen mehr oder weniger verborgenen Nationalismus von Kurt Schumacher bis zu Egon Bahr, der nie ein Hehl daraus gemacht hat, daß er erst Deutscher, dann Europäer sei. Von solchen Optionen auszunehmen ist Peter Glotz, dessen Mitteleuropa-Gedanke mißverstanden wäre, wollte man ihm eine Nähe zu den imperialistischen Machtträumen Friedrich Naumanns von der deutschen Hegemonie in der Mitte Europas anhängen. Es handelt sich vielmehr bei Glotz um einen Beitrag zur schwierigen Orts- und Identitätsbestimmung für die Deutschen, die über die national-staatlichen Begrenzungen hinausweist und Europa nicht auf seinen westlichen Teil beschränkt, und dies nicht zuletzt, sondern gerade wegen der Abnahme der Kraft des sowjetischen Kommunismus zur Systemgestaltung. Wenn wir nicht versuchen, auf dieser Spur zu bleiben, dann werden wir uns bald - von wegen Ende des deutschen Sonderweges - in Unterschätzung des Bedürfnisses nach „Identitätssucherei“ mit einem dümmlich-aggressiven Nationalismus (übrigens auch, vielmehr: gerade bei den heranwachsenden Jugendlichen) konfrontiert sehen.

Erst die Jahre 1967/69 markierten einen gravierenden Bruch mit der bis dahin defizitären Ausformung der westdeutschen Demokratie. Erst danach erfolgte eine umfassende gesellschaftliche Modernisierung und setzten sich politisch-kulturelle Veränderungen durch, die die Wiederaufnahme abgebrochener oder verschütteter Überlieferungen der deutschen Geschichte ermöglichten.

Bis dahin war für militante sozialreformerisch eingestellte Demokraten eigentlich nur übrig geblieben, das Grundgesetz mit seinem Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten als wertvollstes Gut unter dem Arm zu tragen. Erst seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gab es dann die Chance, mit dem endgültigen Abschied von der „Proletariat“ aus dem

19. Jahrhundert, mit dem Beginn des postmaterialistisch akzentuierten gesellschaftlichen Wertewandels und mit dem anti-autoritären Aufbruch nachgeborener Generationen Kontinuitätsbrüche auszulösen, die dazu geführt haben, daß sich die sprichwörtlich deutsche „Untertanenkultur“ seither massiv gewandelt hat. Daß daran einen beträchtlichen Anteil die zähe Durchhalte-Strategie der Nach-45er-Linken - Teile der Gewerkschaften voran - während der fünfziger Jahre hatte, wird oft im Überschwang, die fünfziger Jahre umstandlos als die dunkelsten unserer 40jährigen Geschichte zu denunzieren, übersehen.

So läßt sich denn - zum vielleicht versöhnenden Schluß - sagen: Eines haben wir miteinander dann doch geschafft, daß wir, die wir Auschwitz zu verantworten haben, in 40 Jahren gelernt haben, die Chancen eines demokratischen Zusammenlebens zu begreifen.